

Von: Florian Toncar <florian.toncar@bundestag.de>

An: Richard.Deckard@gmx.de

Kopie:

Betreff: Re: Wähler-Anfrage

Datum: 22.07.2009 09:58:54

Sehr geehrter Herr Deckard,

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 14. Juli 2009, auf die ich gerne antworte.

Sie haben mich gefragt, wie ich bzw. meine Partei, die FDP, die Ausweitung der Wirtschaftskrise verhindern und wie wir die Wirtschaft wieder ankurbeln wollen.

Als erstes ist es das erklärte Ziel der FDP im Falle einer Regierungsbeteiligung, eine umfassende Einkommensteuerreform in Angriff zu nehmen. Die Mitte unserer Gesellschaft wurde von der Politik in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Das sind vor allem die Menschen, die sich täglich bemühen und anstrengen, die leistungsbereit sind und an ihrer Stelle in der Gesellschaft zupacken und Verantwortung übernehmen. Die FDP-Bundestagsfraktion hat auf ihre Probleme mit dem Entwurf eines einfacheren und gerechteren Steuersystems eine Antwort gefunden. Eine Vereinfachung unseres Steuerrechtes ist überfällig, damit auch jeder wieder die Steuern zahlt, die im Gesetz stehen. Außerdem müssen die Sätze gesenkt werden, weil bereits heute ein Durchschnittsverdiener über die Hälfte seines Einkommens durch Steuern und Abgaben an den Staat verliert. Das ist leistungsfeindlich. Nur durch eine nachhaltige steuerliche Entlastung erhalten die Menschen den nötigen finanziellen Spielraum, um wieder mehr zu konsumieren und dadurch die Binnennachfrage zu stärken.

Eine zusätzliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger soll durch die Senkung von Lohnzusatzkosten, beispielsweise des Beitrags zur Krankenversicherung, erreicht werden. Die verfehlte Gesundheitspolitik der Koalition hat zu explodierenden Kosten im Gesundheitswesen und einem hohen Einheitskassenbeitrag für die gesetzlich Versicherten geführt. Die FDP will einen Neuanfang in der Gesundheitspolitik. Dazu gehört die Abschaffung des Gesundheitsfonds, um durch mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen mehr Wahlmöglichkeiten zu schaffen und ein breiteres Leistungsspektrum mit flexibleren Tarifen für die Versicherten anzubieten.

Deutschland braucht des Weiteren eine international wettbewerbsfähige Unternehmenssteuer. Die Fehler der Unternehmensteuerreform 2008, wie die Zinsschranke, die Bestrafung von Investitionen im Ausland (Funktionsverlagerung) und die Hinzurechnungsvorschriften von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasing- und Lizenzgebühren zur Bemessungsgrundlage in der Gewerbesteuer, müssen beseitigt werden. Auch darf die Steuerbelastung für Unternehmen nicht das durchschnittliche Besteuerungsniveau vergleichbarer Industriestaaten übersteigen, sonst ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet. Eine gerechte Unternehmensteuer verhält sich neutral gegenüber Rechtsform-, Finanzierungs- und Umstrukturierungsentscheidungen in Unternehmen. Daher

schlägt die FDP einen Zwei-Stufen-Tarif von 10 und 25 Prozent vor, der für alle Unternehmen gleichermaßen gelten soll.

Neben der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger muss die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise genutzt werden, um die strukturellen Probleme des Finanzsektors anzugehen, um ihn krisenfester zu machen. Dazu gehört auch ein wirksames Konzept für „Bad-Banks“ umzusetzen, in die die Banken Risikopapiere auslagern können. Die Banken erhalten somit wieder mehr Spielraum, um ihren eigentlichen Aufgaben wieder nachkommen zu können und Kredite zu vergeben. Die bestehende Unsicherheit darüber, wie viele Risiken es in den Bankbilanzen gibt führt dazu, dass die Institute derzeit Eigenkapital vorhalten müssen und es nicht für die Vergabe neuer Kredite einsetzen können. Damit verringert sich der Spielraum, den zumeist mittelständischen Unternehmen, die in der Krise wieder Mut fassen und investieren wollen, Geld zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus hat die FDP in ihrem Bundestagswahlprogramm, dem Deutschlandprogramm, ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen, durch die mehr Wachstum und Beschäftigung erreicht werden sollen. Der Bürokratieabbau spielt hierbei eine wichtige Rolle. Antragsverfahren müssen bürger- und unternehmensfreundlicher ausgestaltet werden, damit sich die Unternehmer wieder auf ihre eigentliche Aufgabe, die Führung ihrer Betriebe, konzentrieren können und nicht unendlich viel Kraft, Geld und Zeit mit Formularen vergeudet wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass private Investitionsvorhaben in den Bereichen Infrastruktur, Energie, Verkehr, Kommunikation oder Forschung und Entwicklung oft jahrelange Genehmigungsverfahren nach sich ziehen. All diese privaten Projekte würden den Steuerzahler kein Geld kosten. Ein Beispiel hierfür ist etwa die Verzögerung der Ansiedelung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums der Robert-Bosch GmbH in Renningen. Die Firma Bosch plant, an diesem Standort im ersten Bauabschnitt 160 Millionen Euro zu investieren und hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Seit nunmehr fast einem Jahr verhandelt Bosch schon mit dem Bund über den Kauf des Grundstücks. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum der Bund für seine beiden Programme zur Belebung der Konjunktur insgesamt rund 80 Milliarden Euro ausgibt, die er größtenteils über Kredite finanziert, und andererseits - gerade in der derzeitigen Wirtschaftslage - private Investitionsvorhaben unnötigen Hemmnissen begegnen. Hier muss ein Umdenken weg von Bürokratie und Kleinmut hin zu flexiblen Lösungen stattfinden.

Ferner haben Sie mich gefragt, wie ich zur Frage eines Autobahndeckels über der A 81 stehe. Für mich steht völlig außer Frage, dass die Anwohner vor der zunehmenden Lärmbelastung durch den geplanten sechsspurigen Ausbau der A 81 geschützt werden müssen. Ich bin auch der Meinung, dass eine Überdeckung der A 81 im Autobahnabschnitt Böblingen-Hulb und Sindelfingen-Ost aus städtebaulicher Sicht und vor dem Hintergrund, mittel- bis langfristig zu planen, die wünschenswerteste Lärmschutz-Variante ist. In diesem Sinne habe ich mich stets seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag im Jahr 2005 im Zuge der Diskussion um den Lärmschutz an der A 81 öffentlich, aber auch in internen Gesprächen und Briefen gegenüber dem Bundesverkehrsministerium geäußert.

Nach dem Ergebnis einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bund, Land und beiden Städten steht nunmehr fest, dass eine solche Überdeckung notwendig ist. Die Fachplaner haben dafür die Länge von 850 m genannt. Ich hätte mir wie Sie eine längere Variante gewünscht. Die in der Diskussion stehenden 850 Meter sind aber auch ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem, was in den letzten Jahren angeboten worden ist. Dieser Fortschritt konnte durch eine kompromisslose Haltung aller politisch Handelnden im Kreis erreicht werden.

Nun sind wir aber an einem Punkt angelangt, ab dem Kompromissbereitschaft den Deckel, jedenfalls was Geld vom Bund betrifft, länger macht und fehlende Kompromissbereitschaft die Gefahr birgt, dass wir bei - nicht akzeptablen – 400 m oder weniger landen. Auch die aktuelle Wirtschaftsentwicklung ist für den Fortgang des Verfahrens von entscheidender Bedeutung. Denn die Spielräume der Kommunen, selbst Lärmschutzmaßnahmen zu finanzieren, haben sich dramatisch verengt. Nach der Bundestagswahl 2010 wird auch auf Bundesebene Sparen angesagt sein, so dass auch von dieser Seite keine zusätzlichen Mittel für den Bau einer Überdeckung zu erwarten sein werden. Deshalb werbe ich für einen zügigen Kompromiss in dieser Frage. Ich unterstütze also die von beiden Städten eingenommene Position.

Die nunmehr avisierte Lösung wäre trotz allem eine ganz deutliche Verbesserung der Situation aller Anwohner der A 81. Ich halte es für unverantwortlich, die sich jetzt bietende Einigungschance ungenutzt verstreichen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Toncar

Richard.Deckard@gmx.de schrieb:

> Sehr geehrter Herr Toncar,

>

> als Bürger des Landkreises Böblingen wende ich mich mit zwei Fragen an Sie. Ein zentrales Thema bei der Bundestagswahl 2009 ist für mich die Finanzkrise und die damit einhergehenden Horrorszenarien - speziell für mich als Daimler-Angestellter.

>

> 1. Wie wollen Sie bzw Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Wirtschaftskrise sich nicht weiter ausweitet und was wollen Sie tun,

> um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

>

> 2. Heute entnehme ich aus der Presse, dass die beiden Oberbürgermeister Vöhringer und Vogelgsang bei der A 81 der "kleinen Lösung", also einem nur 850 Meter, statt anderthalb Kilometer langem Deckel zugestimmt haben. Für mich als Anrainer ist dies zu wenig. Welche Unterstützung kann ich von Ihnen in dieser Sache erwarten.

>

> Mit freundlichen Grüßen
>
> Richard Deckard
> Sindelfingen
>

--

Florian Toncar MdB

Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
der FDP-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 227 74226 / 74224
Fax: 030 227 76226

www.toncar.de/newsletter

MdB 2.0 Das Bundestagstagebuch
<http://blog.phoenix.de/mdb20/?cat=58>